



Bundeskanzler a.D.
Gerhard Schröder
Aufsichtsratsvorsitzender
Nord Stream AG

▣ ZUR PERSON

Gerhard Schröder, 1944, ist Rechtsanwalt und in verschiedenen Positionen der Wirtschaft tätig, unter anderem als Aufsichtsratsvorsitzender der Nord Stream AG. Von 1998 bis 2005 war er der siebte Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und von 1990 bis 1998 Ministerpräsident des Landes Niedersachsen. Schröder ist seit 1963 Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschland (SPD).

▣ ZUM UNTERNEHMEN

Die 2005 gegründete Nordstream AG plante, baute und betreibt nun die Nord Stream Pipeline, die Erdgas von Russland durch die Ostsee nach Westeuropa transportiert. Anteilseigner sind die europäischen Energieunternehmen BASF/Wintershall, E.ON Ruhrgas AG, N.V. Nederlandse Gasunie und GDF SUEZ sowie die russische Erdgasgesellschaft Gazprom. Die Kosten für den Bau der Pipeline betragen 7,4 Milliarden Euro, eine der bisher größten privaten Investitionen in die europäische Infrastruktur. Momentan beschäftigt die Nordstream AG rund 150 Mitarbeiter.

»DIE ZEHE ZAHLEN VERBRAUCHER UND UNTERNEHMEN«

Anna Petersen und Stefany Krath fragten Bundeskanzler a.D. Gerhard Schröder nach seinem Resümee zur Agenda 2010, seinen Einschätzungen zum Ablauf der Energiewende und seinem Rat an Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Herr Schröder, welche Nachricht aus den Medien hat Sie in letzter Zeit besonders aufgewühlt und warum?

Was mich schon länger beschäftigt, auch weil es zum Teil während meiner Amtszeit passiert ist, sind die Morde dieser rechten Terrorbande, der zehn unschuldige Menschen zum Opfer gefallen sind. Ich hätte nicht für möglich gehalten, dass so etwas in unserem Land möglich ist. Das bestärkt mich in meinem persönlichen Engagement gegen jede Form von Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus. Und deswegen bin ich auch davon überzeugt, dass wir die NPD verbieten müssen, damit der Nährboden für solches Denken entzogen wird.

Auch andere gesellschaftliche Entwicklungen klingen besorgniserregend: Trotz stabiler Wirtschaftslage in Deutschland wurde in einer neuen Studie des Bundesarbeitsministeriums festgestellt, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter öffnet. Was wäre Ihr Ansatz zu mehr Verteilungsgerechtigkeit?

Ich sehe ein gravierendes Problem in unserer Gesellschaft. Ich fürchte, dass die Offenheit der Gesellschaft verloren gegangen ist, dass Aufstieg aus eigener Kraft schwieriger geworden ist. Das fängt schon in der Schule

an. Da ist die Durchlässigkeit nicht mehr so vorhanden wie etwa vor 30 oder 40 Jahren. Als ich damals anfang, meine Abschlüsse über den zweiten Bildungsweg nachzuholen, war es offener als jetzt. Heute sind die Chancen für junge Menschen, die aus Familien kommen, wo Bildung nicht selbstverständlich ist, eher schlechter geworden. Das bedauere ich sehr, denn die Offenheit einer Gesellschaft, auch ihre Fähigkeit, alle Talente zu fördern, hängt davon ab. Deswegen sind die Schlüsselworte für sozialen Aufstieg: Bildung, Bildung und nochmals Bildung. Da müssen wir als Gesellschaft einfach mehr investieren, schon ab dem Kindergarten.

In Ihrer ersten Regierungserklärung 1998 formulierten Sie die Leitmotive: Modernisierung der Wirtschaft, ökologische Vernunft, soziale Gerechtigkeit und kulturelle Vielfalt. Sind Sie der Meinung, diesen vier Bereichen während Ihrer Amtszeit als Bundeskanzler zu einer positiven Entwicklung verholfen zu haben?

Ich denke schon, dass diese sieben Jahre Rot-Grün das Land verändert haben. Wir haben ja damals ein Land mit Reformstau übernommen. Nach der Wiedervereinigung war versäumt worden, die sozialen Sicherungssysteme und den Arbeitsmarkt zu reformieren. Zukunftsaufgaben wie Bildung, Innovation

und Forschung waren vernachlässigt worden. Gesellschaftliche Veränderungen wie die Emanzipation und die Einwanderung waren aus ideologischen Gründen ignoriert worden. Das haben wir geändert, denken Sie etwa an die gesellschaftlichen Reformen, die neue

»Wäre die spanische Immobilienblase etwa nicht geplatzt, wenn wir in Deutschland mehr gespart hätten?«

Integrations- und Zuwanderungspolitik, die Gleichstellungspolitik und eine moderne Familienpolitik, die den Ausbau der Kinderbetreuung in den Vordergrund gestellt hat. Wir haben den Atomausstieg im Konsens mit allen Beteiligten gemacht und den Einstieg in die erneuerbaren Energien begonnen. Und wir haben das große Reformprogramm, die Agenda 2010 durchgesetzt. Also, das sind aus meiner Sicht gewaltige Veränderungen, die Deutschland einen kräftigen Entwicklungsschub gegeben haben.

Wir schreiben jetzt zehn Jahre Agenda 2010 – was ist Ihr Resümee?

Sie ist einer der Gründe dafür, dass Deutschland heute wirtschaftlich so gut dasteht. Sie war sicherlich nicht der einzige Grund. Wichtig ist auch, dass wir eine industrielle, mittelständisch geprägte Wirtschaftsstruktur und eine Sozialpartnerschaft haben, die wirtschaftliche Erfordernisse mit berechtigten Arbeitnehmerinteressen in Einklang bringt. Aber wir haben mit der Agenda 2010 frühzeitig, früher als andere europäische Staaten, auf die Globalisierung und die demografische Entwicklung reagiert. Wir haben den Arbeitsmarkt modernisiert und die Sozialsysteme so

verändert, dass sie bezahlbar bleiben. Heute stehen andere Volkswirtschaften vor ähnlichen Herausforderungen, nehmen Sie Frankreich und Italien. Sie müssen das nun unter viel schwierigeren Bedingungen nachholen. Und was mir persönlich wichtig ist: Die junge Generation gehört zu den Reformgewinnern. Wir Deutschen haben in Europa die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit, derzeit unter 8 Prozent, gegenüber 50 Prozent in Spanien oder 35 Prozent in Italien. Das ist der Unterschied zwischen Deutschland und dem Rest von Europa, und das ist der vielleicht größte Erfolg der Agenda 2010.

Trotz dieser Erfolge – mit dem Wissen von heute: Was hätten Sie als Bundeskanzler der Bundesrepublik im Nachhinein anders gemacht?

Ach, das ist schwierig zu beantworten, weil jede politische Entscheidung immer im Kontext der damaligen Zeit zu beurteilen ist. In den großen, schwierigen Entscheidungssituationen, etwa bei der Frage, wie wir zum Irak-Krieg standen oder der Durchsetzung der Agenda-Reformen, habe ich nach meiner Einschätzung richtig gehandelt.

Wie beurteilen Sie die bisherigen Entwicklungen bei der angestrebten Energiewende?

Mit Planung hat das nichts zu tun. Nach der Atomkatastrophe in Japan war das schlicht eine Panikreaktion der jetzigen Bundesregierung. Es gab in Deutschland bis jetzt nur eine Energiewende, und das war unser rot-grüner Atomkonsens aus dem Jahr 2000. Damals haben wir den übrigens zusammen mit der Energiewirtschaft gemacht. Der Konsens sah den Atomausstieg und den gleichzeitigen Einstieg in die erneuerbaren Energien über



Gerhard Schröder betrat als Sprecher beim Deutschen Wirtschaftsforum 2012 im Plenum „Versorgungssicherheit: Die deutsche Industrie zwischen Energiewende, Ressourceneffizienz und Rohstoffsicherung“ das Podium.

einen Zeitraum von rund 30 Jahren vor. Das war ein realistischer Plan. Diesen Plan hat die heutige Regierung wider besseres Wissen über Bord geworfen. Die Zeche dafür zahlen Verbraucher und Unternehmen.

Laut Bundesregierung sollen erneuerbare Energien 2020 18 Prozent des Endenergieverbrauchs hierzulande ausmachen. Ist das ein realistisches Szenario?

Möglich, sogar wünschenswert ist das schon, aber die zentrale Frage bleibt ja: Wie können wir eine verlässliche und zugleich bezahlbare Energieversorgung sicherstellen? Wir brauchen eine Lösung für die Grundlastversorgung, die sinnvollerweise vor allem durch Gaskraftwerke möglich ist, weil diese flexibel

und klimaschonend sind. Die Netze müssen ausgebaut und stabilisiert werden. Die Bezahlbarkeit von Strom ist wichtig, nicht nur für Familien, sondern gerade auch für die Industrie und die Arbeitsplätze.

»Das Ziel muss eine wirkliche politische Union sein, eine Art »Europäische Föderation.««

Sehen Sie den Wirtschaftsstandort Deutschland durch die Energiewende gefährdet?

Der Preis für Strom und Energie ist ein internationaler Wettbewerbsfaktor. In den USA sind die Preise stark gesunken, weil



dort Gas sehr billig geworden ist. Das beeinflusst Investitionsentscheidungen von Unternehmen, weil sie dorthin gehen, wo es eine verlässliche und bezahlbare Versorgung gibt. Wir erleben zurzeit in Deutschland eine Energiepolitik, die die Kosten treibt und ein bisher sicheres System, das Rückgrat einer jeden erfolgreichen Wirtschaft, in Frage stellt.

»Wir erleben in Deutschland eine Energiepolitik, die die Kosten treibt und ein bisher sicheres System, das Rückgrat einer jeden erfolgreichen Wirtschaft, in Frage stellt.«

Die Energiewende ist auch für einen Bundeskanzler eine wichtige und historische Aufgabe. Was würden Sie Angela Merkel aktuell raten?

Es gehört nicht zu meinen Aufgaben, der Kanzlerin einen Rat zu geben. Die Probleme sind ihr sicherlich bekannt, sie hat sie ja durch ihre Energiepolitik selbst geschaffen.

Sie sind Aufsichtsratsvorsitzender der Nord Stream AG und seit Jahren am Projekt Ostsee-Pipeline beteiligt. Ist es politisch klug, die Rohstoffabhängigkeit von Russland noch weiter auszubauen?

Die Ostsee-Pipeline schafft keine einseitige Abhängigkeit, sondern sie ist Ausdruck gemeinsamer europäisch-russischer Interessen. Russland ist ebenso abhängig von Westeuropa. Denn es exportiert seine Rohstoffe überwiegend zu uns. Wenn es also Abhängigkeiten geben sollte, dann sind sie gegenseitig. Aber was wir verstehen müs-

sen, ist doch eines: Russland bietet uns alle Rohstoffe, die wir brauchen. Sie liegen quasi vor unserer Haustür. Wir wären als Europäer naiv, wenn wir unseren Konkurrenten aus Asien, auch aus den USA den Vortritt lassen. Diese Rohstoffe, Gas, Öl und Metalle, werden einfach gebraucht. Jetzt geht es darum, dass europäische Unternehmen, allen voran deutsche, den notwendigen Technologietransfer leisten und sich den Zugriff auf Rohstoffquellen sichern. Das ist eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben, weil wir trotz der Steigerung der Effizienz für die nächsten Jahrzehnte Rohstoffe brauchen, und zwar nicht nur für die Energieerzeugung, sondern vor allem für unsere Industrie. Deshalb ist die Partnerschaft mit Russland so wichtig. Ohne Rohstoffe gibt es keine Arbeitsplätze in Deutschland. So einfach ist die Rechnung.

Wie beurteilen Sie den aktuellen EU-politischen Kurs der Regierung?

Es gab sicherlich den Fehler, dass zu Beginn der Krise zu spät gehandelt wurde. Man hat zu sehr auf die Innenpolitik geschaut, anstatt die Probleme Griechenlands schnell einzudämmen. Aber ich weiß auch aus eigener Erfahrung, wie schwierig Entscheidungsprozesse gerade in Europa sein können. Was im Jahr 2012 in Brüssel beschlossen wurde, ist im Großen und Ganzen der richtige Kurs.

Und wo sehen Sie die Herausforderungen der europäischen Währungs- und Wirtschaftskrise?

Jetzt besteht die Chance, den grundlegenden Konstruktionsfehler des Euro zu beheben. Der Strukturfehler ist die fehlende Koordinierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik in der Eurozone. François Mitterrand wollte die deutsche

Wirtschaft durch die Einführung des Euro einhegen. Das konnte nicht funktionieren, weil sich in einer Währungsunion immer die stärkere Volkswirtschaft durchsetzt. Kohls Irrtum war es zu glauben, dass die Einführung der Gemeinschaftswährung die politische Union erzwingen wird. Er hat nicht liefern können, wir zu meiner Amtszeit auch nicht. Jetzt übernimmt die Krise die Aufgabe der Politik. Das Ziel muss eine wirkliche politische Union sein, eine Art „Europäische Föderation“.

Welche Maßnahmen wären in der gegenwärtigen Schuldenkrise für das Sorgenkind Griechenland notwendig?

So schmerzhaft es ist, man wird am Ende nicht um einen Schuldenschnitt herumkommen. Die Kanzlerin hat ihren Widerstand dagegen bereits aufgegeben.

Auch Sie waren 2005 als Bundeskanzler maßgeblich an der Aufweichung des Euro-Stabilitätspakts beteiligt. Sehen Sie dies im Nachhinein als einen Fehler?

Nein, denn was soll denn die heutige Situation in Griechenland damit zu tun haben, wie der deutsche Haushalt in den Jahren 2003 und 2004 aussah? Wäre die spanische Immobilienblase etwa nicht geplatzt, wenn wir in Deutschland mehr gespart hätten? Das eine hat mit dem anderen nichts zu tun. Wir standen damals vor der Frage: Überschreiten wir die Defizitgrenze und machen die Reformen, oder sparen wir und geben wir die Reformen auf? Denn Agenda 2010 und soziale Kürzungen von 20 Milliarden Euro, das hätten wir politisch nicht überlebt. Wir haben uns für die Agenda 2010 entschieden. Das halte ich auch im Rückblick für richtig.

Wie beurteilen Sie die aktuelle Lage der deutschen Wirtschaft?

Es gibt keinen Grund, sich zurückzulehnen. Die anderen Volkswirtschaften in der Welt erhöhen ihre Wettbewerbsfähigkeit und wir dürfen nicht stehen bleiben. Die deutsche Energiepolitik sehe ich mit Sorge, weil sie chaotisch ist, das sichere Versorgungsnetz gefährdet und die Kosten für Verbraucher und Unternehmen weiter steigert. Das wird Investitionsentscheidungen negativ beeinflussen. Und wir müssen unsere Sozialsysteme darauf einstellen, dass wir eine alternde Gesellschaft sind. Das muss vielerlei Konsequenzen haben, vom Zusammenleben in der Gesellschaft bis hin zu einer Bildungspolitik,

»Es gehört nicht zu meinen Aufgaben, der Kanzlerin einen Rat zu geben. Die Probleme sind ihr sicherlich bekannt, sie hat sie ja durch ihre Energiepolitik selbst geschaffen.«

die alle Talente fördert, auch die mit Migrationshintergrund, weil wir jede Fachkraft brauchen.

Wenn Sie heute noch einmal die Gelegenheit hätten, Bundeskanzler zu sein, was wäre das Erste, das Sie am Kurs von Frau Merkel ändern würden?

Wie heißt es im Boxen so schön: They never come back. Die aktive Zeit in der Politik ist vorbei, definitiv. ■